

Homophobie im »liberalen« Petersburg

In Russland schützen auch Vorsicht und Rückzug aus der Öffentlichkeit nicht mehr

Von Karin Waltz und Axel Berger

Homosexuelle leben in Russland gefährlich. Auch in Sankt Petersburg werden sie Opfer von Gewalt. Die Polizei sieht selten Anlass zum Handeln und die Staatsanwaltschaft ermittelt in dem Fall vom 3. November 2013 laut Amnesty International lediglich wegen »Rowdytums«.

Vor knapp drei Monaten stürmten zwei mit einer Druckluftpistole und einem Baseballschläger Bewaffnete mitten in St. Petersburg die Räume des Community-Centers LaSky. Wie jeden Sonntag fand dort gerade der LGBT-Gesprächskreis - LGBT steht für die englischen Anfangsbuchstaben von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender - statt. Für einen Teilnehmer endete der Abend mit dem Verlust eines Auges, eine Frau erlitt Verletzungen am Rücken.

Moskauer Konter-Kritik

Bericht des Russischen Außenministeriums über Menschenrechte in der EU:

Die EU würde sich als Vorposten des Kampfes um Menschenrechte verstehen, ohne dass die eigenen Taten dem entsprechen, erklärte das Russische Außenministerium in einem Mitte Januar in Moskau veröffentlichten Bericht.

Komplett anzeigen

Eine Berichterstattung in der lokalen oder überregionalen Presse sucht man bis heute vergebens. Gewalt, beileibe nicht nur homophob inspirierte, gehört in Russland zum Alltag. Wenn sie gegen Minderheiten gerichtet ist, dürfen

die Täter zudem mit der stillen Sympathie seitens der Sicherheitsbehörden rechnen. So wurde die zehn Tage nach dem Überfall durchgeführte Demonstration zunächst unter den Augen der Polizei von orthodoxen und faschistischen Schlägern brutal angegriffen und anschließend die Hälfte der 50 Demonstranten festgenommen und wegen Beamtenbeleidigung unter Anklage gestellt.

Die schweren körperlichen Verletzungen der Opfer werden so auch kaum die einzigen Schäden sein, die dieser gewalttätige Überfall hinterlassen hat. Die Angst innerhalb der LGBT-Gemeinschaft in St. Petersburg und im ganzen Land wird größer. »Pogrome werden Wirklichkeit«, schrieb die russische Aktivistin Anastasia Smirnowa vom russischen LGBT-Netzwerk bei Facebook. »Unter Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender ist der Überfall eine neue Stufe in der homophoben gesellschaftlichen Stimmung in Russland - Angriffe geschehen nun nicht mehr nur bei öffentlichen Aktionen, sondern betreffen auch geschlossene Veranstaltungen in den Räumen von NGOs«, war von der deutsch-russischen Gruppe Quarteera zu vernehmen.

Dabei gilt St. Petersburg als liberalste Stadt im Land und einer der wichtigsten Standorte im Kampf für Menschenrechte in Russland. Die meisten und ältesten LGBT-Organisationen sind hier verortet. Die Community ist gut organisiert und mit Menschenrechtsorganisationen vernetzt. Alljährlich findet hier z.B. das schwul-lesbische Filmfestival »Side by side« statt, das zunehmend internationale Aufmerksamkeit findet.

Auf der anderen Seite war es mit dem Parlamentsabgeordneten Witali Milonow ausgerechnet ein St. Petersburger, der als Erfinder des Gesetzes gilt, das »Propaganda von nicht traditionellen sexuellen Beziehungen« in Anwesenheit von Minderjährigen verbietet und unter Strafe stellt. Seit März 2012 gilt es in St. Petersburg, mit Putins Unterschrift im Juni 2013 wurde ein ähnliches Gesetz auf föderaler Ebene in Kraft gesetzt.

Auch wenn das Gesetz bis jetzt nur selten zur Anwendung gekommen ist, wirkt es allein schon durch seine Existenz disziplinierend auf viele Homosexuelle. Zudem fühlen sich immer mehr religiös und nationalistisch motivierte Gewalttäter dadurch legitimiert.

Die homophobe Gesetzgebung hat eine lange Tradition in Russland. Nach der Oktoberrevolution legalisierten die Bolschewiki die im Zarismus strengstens sanktionierte Homosexualität zunächst, bis Stalin sie ab 1933 wieder mit bis zu fünf Jahren Zwangsarbeit belegte. Durch das Gesetz, mit dessen Hilfe man sich sehr häufig politischer Gegner oder Konkurrenten innerhalb des Parteiapparates entledigte, wurden nach Schätzungen zwischen 40 000 und 250 000 Menschen in Arbeitslager verbracht. Zwar wurde es 1993 abgeschafft, um den Weg in Richtung Westen weiter zu ebnen, eine gesellschaftliche Auseinandersetzung dazu hat aber bis heute nicht stattgefunden.

80 Jahre nach Stalins Gesetz scheint nun wieder eine politische Motivation die Feder geführt zu haben. Denn die erstarkende russische Zivilgesellschaft in den großstädtischen Zentren will so gar nicht zu dem traditionellen, autoritären Russland passen, das Putin und die russisch-orthodoxe Kirche erhalten wollen. Homosexualität wird mit den Werten des Westens und der Aufklärung in Verbindung gesetzt, von denen sich die Taktgeber der russischen Politik in der Hoffnung auf eine Wiedererlangung des einstigen Großmachtstatus abzugrenzen versuchen.

»Wir sehen doch, was im Ausland passiert. Wir wollen die Moral behalten, den Klebstoff unserer Gesellschaft«, begründete Milonow seinen Gesetzesvorstoß. »Wir wollen vorbereitet sein wie auf eine Grippeepidemie. Man impft sich nicht, wenn man schon Fieber hat. Also haben wir uns schon jetzt mit dem Gesetz geimpft.«

Die öffentliche Meinung haben Leute wie Milonow hinter sich. Laut einer Umfrage eines der bedeutendsten unabhängigen Meinungsforschungsinstitute in Russland, Lewada, aus dem Mai 2013 begrüßen 51 Prozent der Befragten eine »Zwangsheilung« und strafrechtliche Verfolgung von Lesben und Schwulen. Etwa drei Viertel der

Russen sind laut Umfrage zudem für ein Verbot jeglicher öffentlicher Bekundung von Homosexualität. Nur acht Prozent der Bevölkerung äußerten sich dafür, dass die Integration von Homosexuellen verstärkt werden sollte.

An vorderster Front gegen Homosexualität kämpft die russisch-orthodoxe Kirche. Der Moskauer Patriarch Kyrill, Oberhaupt der Kirche, brachte in seiner Rede zur orthodoxen Weihnachtsfeier am 7. Januar 2013 Homosexualität mit Trunkenheit, Drogenkonsum, Ehebruch und Prostitution in Verbindung und zählte sie neben den anderen genannten Übeln zu den »schlimmsten Ursachen des Bruches traditioneller Familien«.

Fester Bestandteil all dieser Kampagnen ist auch das Schüren von Ressentiments gegen HIV-Positive und Aidskranke. »Schwule bekommen keine Kinder, sie tun nichts für die Gesellschaft. Sie stecken nur andere mit Aids und ihren anderen Krankheiten an«, verkündete Milonow unlängst auf einer Kundgebung in St. Petersburg. Eine alles andere als beruhigende Situation für die mit HIV infizierten Menschen in der Stadt. 51 552 sollen es offiziell sein, die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen. Denn in die Statistik fließen nur Personen ein, die auch in St. Petersburg gemeldet sind. Zudem werden Risikogruppen nur unzureichend getestet. Täglich infizieren sich in Russland 284 Menschen neu, in den letzten fünf Jahren hat sich die Anzahl der Infizierten verdoppelt. Zum Vergleich: In Deutschland waren es im vergangenen Jahr lediglich etwas mehr als sieben Neuinfektionen pro Tag. Immer mehr Menschen sterben auch an Aids, die Situation im Land gerät zunehmend außer Kontrolle.

Dazu trägt die diskriminierende Stimmung sowohl gegenüber Sexarbeiterinnen, Drogenkonsumenten als auch homosexuellen Männern - den größten Risikogruppen in Russland - bei. HIV wird von der Regierung kaum als Problem wahrgenommen. Viele Homosexuelle denken wie der LaSky-Aktivist Michaili: »Wenn Schwule an Aids sterben, dann ist das für die Regierung ok.«

LaSky ist eine der wenigen Nichtregierungsorganisationen in Russland, die sich der ansonsten in Russland kaum stattfindenden Prävention von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen für Risikogruppen widmen. Daneben bilden psychosoziale und medizinische Beratungs- und Gruppenangebote für die LGBT-Szene die Schwerpunkte der Initiative, deren Name übersetzt »sei zärtlich« heißt. Zentrale Bedeutung erhält diese Arbeit vor allem für die vielen zugezogenen HIV-Positiven, weil das Gesundheitssystem auf diese Menschen nicht vorbereitet ist.

Eine medizinische Behandlung ist zwar verfügbar, der Zugang für die Betroffenen jedoch durch die zu geringe Ausstattung und die Angst vor Diskriminierung und das Fehlen zielgruppenspezifischer Angebote erschwert. Im Aids-Zentrum der Stadt müssten homosexuelle Neupatienten zum Beispiel den Infektionsweg angeben, um eine Behandlung zu erhalten, was viele davon abhält, sich überhaupt dort zu melden. Und wer kein russischer Staatsbürger ist, dem wird nicht nur jegliche medizinische Versorgung verweigert, er muss sogar mit Abschiebung rechnen.

Sollte sich die Situation weiter zuspitzen - in der Presseerklärung von LaSky zu dem Überfall auf ihre Räume wird dieser als Versuch beschrieben, »uns noch unsichtbarer zu machen, als wir ohnehin schon sind« - , dann könnten sich auch diese letzten Schutzräume für Homosexuelle und vor allem HIV-Positive schließen. Denn der Überfall auf »LaSky« hat gezeigt, dass auch Vorsicht und Rückzug aus der Öffentlichkeit in Russland nicht mehr schützen. Vor allem nach der von Putin verordneten Ruhe im Vorfeld der Olympischen Winterspiele in Sotschi könnten sich auch in St. Petersburg die Angriffe wieder häufen. Für Michail ist die Perspektive jetzt schon klar: »Alle wollen hier einfach nur weg.«

Karin Waltz ist Sozialarbeiterin. Als Projektleiterin bei der ZIK gGmbH beschäftigt sie sich vor allem mit Menschen mit HIV/AIDS. Zwei Wochen vor dem Überfall auf die Nichtregierungsorganisation LaSky besuchte sie St. Petersburg.

Axel Berger ist freier Journalist aus Berlin.

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/921922.homophobie-im-liberalen-petersburg.html>